Nach der Verwerfung des Finanzpakets

Autor(en): **Brunner, Dominique**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Soldat : Monatszeitschrift für Armee und Kader mit FHD-Zeitung**

Band (Jahr): **52 (1977)**

Heft 8

PDF erstellt am: **25.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-704959

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Farbe bekennen!

Nach der Verwerfung des Finanzpakets

Major Dominique Brunner, Zürich

Das, was die einsichtigen Politiker in unserem Land durch einen vielfach bemerkenswerten persönlichen Einsatz seit Ende des letzten Jahres abzuwenden versucht haben, ist doch eingetreten: Der Souverän hat die Finanzvorlage, insbesondere die Mehrwertsteuer, abgelehnt. Alexis de Tocqueville hat bereits in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts am Beispiel der amerikanischen Demokratie die diesem Regierungssystem eigene Form des Höflingsgeistes nachgewiesen. Das Volk wird gelobt, was immer es entscheidet, es kann in den Augen der Kommentatoren nicht irren. Man schmeichelt ihm und schreibt ihm grosse Weisheit zu. Nun, angesichts der Geschichte unseres Bundesstaates, namentlich seit den siebziger und neunziger Jahren des letzten Jahrhunderts, neigt man dazu, diese Vernunft der Volksentscheide zu bestätigen. Demagogische Versprechungen verfingen nicht, leichtfertige Experimente fanden keine Gnade. Aufs Ganze gesehen scheint es zu stimmen: das Volk ist gut.

Es hiesse indessen den kritischen Verstand unterdrücken, wenn die Möglichkeit falscher Volksentscheide bestritten würde. In bestimmten Fällen lässt sich die Mehrheit von falschen Überlegungen leiten, irrationale Regungen können den Ausschlag geben, man stellt das Interesse des Augenblicks über das wohlverstandene langfristige Interesse. Trifft das auf den Entscheid vom 12. Juni zu? Wahrscheinlich schon, denn die Zeche für die Belastung des Bundes mit allen möglichen Aufgaben muss man bezahlen. Das Volk hat an der Urne seinen Segen zu neuen Kompetenzen des Bundes erteilt, es hat das Referendum gegen Gesetze, deren Anwendung mit weiteren Ausgaben verbunden ist, nicht ergriffen, es hat jenes Parlament gewählt, das in den sechziger Jahren und noch vor wenigen Jahren recht grosszügig mit den öffentlichen Finanzen umgesprungen ist. Man kann jetzt nicht einmal sagen, es habe ein Signal gebraucht, die Mehrheit habe klarmachen wollen, so gehe es nicht mehr weiter, und da sei ihr nichts anderes als das harte Nein übriggeblieben. Denn dieses Signal ist längst gesetzt worden, nämlich am 8. Dezember 1974. Vor allem das Parlament hat in der Folge mit der Sparmotion, die zur Überprüfung des Finanzplanes der Eidgenossenschaft für die nächsten Jahre geführt hat, und mit der Zustimmung zum Ergebnis dieser Überprüfung bewiesen, dass es die Stimmung im Lande erkannt hat und im Sinn des Auftrages der Stimmbürger zu handeln entschlossen ist. Wir bleiben also dabei: Das Nein vom 12. Juni ist nicht Ausdruck von Weisheit, sondern von Kurzsichtigkeit und von einer gehörigen Dosis Egoismus.

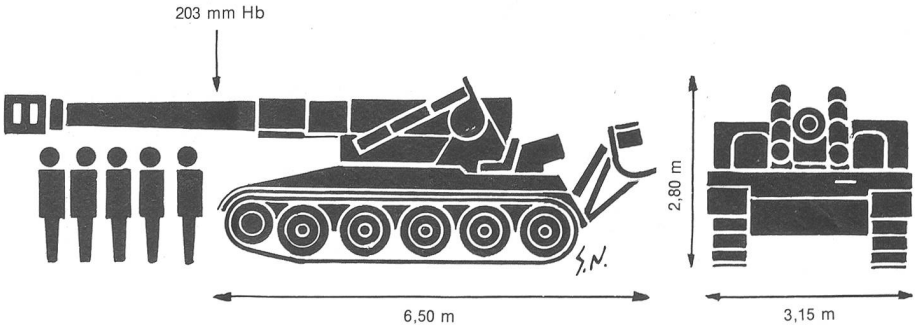
Damit ist eine Situation entstanden, die hohe Anforderungen an die politische Führung des Landes stellt, an Bundesrat und Parlament. Bis neue Einnahmequellen erschlossen werden können — das muss ja früher oder später geschehen —, wird es Entscheidungen brauchen, um das Defizit des Staatshaushaltes zu limitieren. Schmerzliche Entscheidungen werden unumgänglich sein. Wo im einzelnen zusätzlich gespart werden soll, das zu sagen kann nicht die Aufgabe einer militärischen Fachzeitschrift sein. Was aber hier gesagt werden kann und gesagt werden muss, ist, dass die Primäraufgabe des Staates schlechthin und die verfassungsmässig vorrangige Aufgabe der Landesverteidigung nicht der Bereich sein darf, in dem ins Gewicht fallende Abstriche vorgenommen werden. Dummköpfe sind, wenn man diese Forderung erhebt, mit dem Vorwurf schnell bei der Hand, die Landesverteidigung werde wie eine «heilige Kuh» behandelt. Man wird sich durch solches Gerede unintelligenter oder verantwortungsloser Figuren nicht beeindrucken lassen dürfen. Denn: die potentielle Bedrohung hat in den letzten 15 Jahren eine Verschärfung erfahren, die nur von unbelehrbaren Ignoranten nicht zur Kenntnis genommen wird. Europa starrt von Waffen, stehen doch auf unserem Kontinent mehrere Millionen Mann unter den Fahnen, sind doch hier Tausende von Atomsprengkörpern verfügbar, gibt es doch allein im Raum Europa Mitte mehr als 4000 Kampfflugzeuge, rund 25 000 Kampfpanzer und etwa 8000 Geschütze, die kurzfristig eingesetzt werden können. Nicht nur die Quantität der Waffen und Rüstungen wächst, auch deren Wirksamkeit wird sozusagen ständig gesteigert.

Anderseits weisen wir in bezug auf die Bewaffnung in einigen sehr bedeutsamen Sparten einen ernstzunehmenden Nachholbedarf auf. Besonders peinlich ist dabei, dass es sich gerade um die Bereiche handelt, denen angesichts des Kriegsbildes, unserer defensiven Strategie, unserer Kampfdoktrin der Abwehr und des infanteristischen Charakters des Gros unserer Kampftruppen besondere Bedeutung zukommt. Die Lücken klaffen bekanntlich bei der Panzerabwehr sowie bei der Fliegerabwehr (Flabschutz der mechanisierten Verbände). Dieser Rückstand hat primär eine Ursache: die Beschränkung der für die militärische Landesverteidigung bereitgestellten finanziellen Mittel seit 1965 (der Anstieg der Ausgaben des EMD entsprach etwa der Entwicklung des Preisniveaus) und den effektiven Rückgang der Rüstungsausgaben (um ein Drittel zwischen 1965 und 1974).

Unter diesen — überprüfbaren — Umständen erscheinen Kürzungen beim EMD, soweit sie die Modernisierung der Rüstung und die Ausbildung sowie den Unterhalt treffen, als ganz einfach unverantwortlich. Wer tatsächlich das Wohl des Landes im Auge hat, und zwar nicht das kurzfristige, sondern das Wohl und Überleben auf weitere Sicht, wird sich hüten, die Militärausgaben weiter komprimieren zu wollen. Die Mehrheit hat im Nationalrat im Juni in diesem Sinn gehandelt, als sie der dringend benötigten Panzerabwehrlenkwaffe Dragon zustimmte. Eine Minderheit hat bei dieser Gelegenheit versagt.

Panzer — Erkennung

USA / Selbstfahrhaubitze M 110 E 2



Baujahr 1962 (Fahrzeug), 1977 (Geschütz) / Gewicht etwa 30 t / Motor 420 PS / Max. Geschw. 55 km/h